

Entwicklung des Eurodistrikts Region Freiburg / Centre et Sud Alsace

Anlässlich des **40. Jahrestages des Elysée-Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit** haben die deutsche und die französische Regierung im Januar 2003 die Schaffung von Eurodistrikten als eine neue Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von neuer Qualität angeregt:

„Ebenso wünschen wir eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften, um das Entstehen neuer Verbindungen, insbesondere zwischen Bundesländern und französischen Regionen, ebenso wie die Fortentwicklung einer interregionalen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden zu begünstigen. Wir unterstützen die Schaffung eines Eurodistrikts Straßburg-Kehl mit guter Verkehrsanbindung, um neue Formen der Kooperation zu erforschen und europäische Institutionen aufzunehmen, und rufen zur Schaffung weiterer Eurodistrikte entlang der deutsch/ französischen Grenze auf.“

Seit Ende des Jahres 2000 arbeiten die Städte Freiburg, Breisach und Colmar und der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung nach dem Karlsruher Abkommen eng zusammen. Im Mai 2003 wurde bei einer gemeinsamen Sitzung die Idee entwickelt, diese Kooperation in einen Eurodistrikt überzuleiten.

Die darauf folgenden Gespräche mit möglichen Kooperationspartnern und die Überlegungen zum räumlichen Zuschnitt des geplanten Eurodistrikts haben auch die in unserem Kooperationsraum bereits zahlreich vorhandenen und gut entwickelten interkommunalen und grenzüberschreitenden Strukturen berücksichtigt. Der Eurodistrikt soll die vorhandenen Kooperationen durch seinen kommunalen und bürgernahen Ansatz mit ganz konkreten Projekten ergänzen. Einzelne bereits laufende Projekte können unter dem Dach des Eurodistrikts weiterverfolgt und neue Projekte entwickelt werden, wodurch Synergieeffekte mit vorhandenen grenzüberschreitenden Strukturen erzielt werden.

Im Frühjahr 2004 waren die Kooperationsverhandlungen vorläufig abgeschlossen und es haben sich folgende Partner gefunden: Auf deutscher Seite engagiert sich die Region Freiburg als freiwilliger Zusammenschluss des Stadtkreises Freiburg und der Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen und ihrer Gemeinden. Auf französischer Seite haben sich das Grand Pays de Colmar, das Pays de la Région Mulhousienne, das

Pays Rhin-Vignoble-Grand Ballon und das Pays de l'Alsace Centrale zur Kooperation im Eurodistrikt entschlossen.

Von Anfang an wurden die Planungen für den Eurodistrikt von staatlicher Seite begleitet und unterstützt. So kamen im Juni 2004 Herr Staatsminister Bury und Frau Ministerin Haigneré zu einem Arbeitsbesuch nach Freiburg und Colmar, um sich vor Ort über den Fortgang der Bestrebungen um einen Eurodistrikt ein Bild zu machen und um die Erwartungshaltungen der beiden Regierungen zum Ausdruck zu bringen.

Auf Anregung der beiden Minister haben die Partner des Eurodistriktes für das **deutsch-französische Ministertreffen am 26.10.2004** in Berlin ein gemeinsames Grundlagenpapier "**Auf dem Weg zum Eurodistrikt Region Freiburg / Centre et Sud Alsace**" erarbeitet und vorgelegt. Die in diesem Papier vorgestellten Überlegungen zur künftigen Kooperation und die Darstellung konkreter Projekte wurden von staatlicher Seite sehr begrüßt. In einem gemeinsamen Schreiben haben Herr Staatsminister Bury und Frau Ministerin Haigneré die Partner des Eurodistrikts ausdrücklich aufgefordert, diese Form der Zusammenarbeit weiterzuentwickeln.

In der Folge widmeten sich die Partner intensiv der Erarbeitung einzelner Projekte, für die der Erweiterte Lenkungsausschuss im Februar 2005 in Mulhouse mit Vertretern der regionalen Gebietskörperschaften, des Landes und des Staates seine Zustimmung und Unterstützung erklärt hat.

Da die Überlegungen über die juristische Form eines Eurodistrikts bislang nicht abschließend geklärt werden konnten, beschloss der Lenkungsausschuss **im Sommer 2005**, der Kooperation in diesem Raum zunächst mit einer gemeinsamen Vereinbarung nach Karlsruher Abkommen mehr Verbindlichkeit zu verleihen. Diese Vereinbarung soll einen Rahmen bilden, in dem die festgelegten Arbeitsstrukturen transparent gemacht werden und dadurch auch auf neuer Ebene politisch und inhaltlich an den Projekten weiter gearbeitet werden kann. Ab Dezember 2005 wurde diese Vereinbarung, die nun feierlich unterzeichnet werden soll, in den betroffenen Gebietskörperschaften in der Region beiderseits des Rheins diskutiert und verabschiedet und steht somit auf einer breiten Basis der Zustimmung.